

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Herausgeber: Redakteur für den Teil „Nachricht und Gesellschaft“ und die „Anstalt für die Arbeiter“, Halle, für den übrigen Teil: Ernst Reimer, Halle. Verlag: Verlag der „Volksstimme“ G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 21. Druck von G. Braun & Co., Magdeburg, Große Mühlentorstraße 2. Fernsprechnummer 1150. — Zeitungserlöse: Seite 411.

Nr. 12. Halle, Donnerstag den 14. Juni 1917. 1. Jahrgang.

## Der Griechenfönig abgesetzt

### Im Namen der Freiheit!

W. Z. B. Athen, 12. Juni. (Neuer Anon.) Ausführliche Meldung. Montag vormittag hatte der Vorkommnisse der Alliierten, Sonntag, mit dem Ministerpräsidenten Jönis eine Unterredung, in welcher er von ihm im Namen der Schmach die Absetzung des Königs und die Bezeichnung eines Reichsregenten unter Ausschluß des Thronfolgers verlangte. Jönis erklärte die Unmöglichkeit der Absetzung, deren einziges Ziel die Wiederherstellung der Einheit Griechenlands auf Grund der Verfassung sei, erstorbene aber Jönis, daß ein Entschluß vom König erst am Abend nach Aufbruch eines Thronregenten, gefaßt werden könne. Trotz der Heftigkeit seiner Äußerungen wurde die Ruhe in den Straßen Athens nicht gestört. Nachdem Jönis am 11. Juni mit der Abdankung überreicht hatte, hat der ehemalige König die Abdankung ausgetrieben, sich auf ein englisches Schiff zu begeben und über Italien nach der Schweiz zu fahren. Die Truppen, die zur Verhinderung des Thronregenten Änders, hatten Befehl erhalten, nicht zu tun, bevor der Entschluß des Königs bekannt war.

Ein tragisches Schicksal hat durch den Willen der Entente seit dem Ende des Weltkriegs unter griechischen Boden gespielt. Die Tragödie hat ihren Anfang genommen durch die „Reinheit und Macht“ kämpfenden Alliierten einen rechtlichen Akt gefaßt. So den letzten, ist ungewiß. Sicher einem Akt, der bedeutungsvoll ist und die Bahn freimacht für weitere Angriffe der „Besitzer der kleinen Staaten“ gegen das wehrlose kleine Land.

Der griechische König Konstantin, der seit zur Neutralität seines Landes stand, ist von den Westmächten gezwungen worden. Eine Drohung, die seit zwei Jahren immer wieder durch die Spalten der französischen und englischen Presse lief, ist wahr gemacht worden. Der „deutsche Agent“ ist unglücklich gemacht. Er wird als

### Gefangener der Westmächte

auf ein englisches Schiff geschleppt und außer Landes gebracht worden. Die griechische Monarchie wird damit erledigt sein. Das Ziel der Entente ist, das Land zur Republik zu machen und den geistigen Anhänger Venizelos zum Präsidenten. Damit wird das weitere und eigentliche Ziel erreicht werden, Griechenland in den Krieg zu ziehen. Die griechischen Truppen sollen sich für ihre Bedrückung schlagen, damit die Entente von Saloniki aus den Balkan zurückerobern kann.

Die Tragödie, die am Montag durch das Gebot der Westmächte den Schluß des vierten Aktes erreicht hat, ist mit all der überlieferten konstitutionellen Momente durchgeführt worden. Es gab durch Willen und Macht der Westmächte in den letzten zwei Jahren auf griechischem Boden ein Antagonismus zwischen konstitutioneller und parlamentarischer Gewalt, zwischen Ministerium und Generalstab, zwischen Ministern von heute, gestern und vorgestern, mit dem Hintergrund des drohenden Staatsstreiches, der jetzt eingetreten, und der grollenden Revolution, die vielleicht noch kommen kann. Alle Konstitutionen konstitutioneller Staat und Staatsaktionen waren in Verwendung; die Männer, die die Zirkelrollen waren, füllten mit ihren Namen die europäische Presse, und die ganze Welt war neugieriger Zuschauer. Das arme griechische Volk, der kühne Entschluß, war und ist neben dem König und seiner Familie wie Anhänger vornehmlich das Opfer.

Wir sind gewohnt, aus von solchen Schicksalen nicht wenden zu lassen, sondern den tiefen Gründen des Geschehens nachzugehen. Hier wie bei allen Erschütterungen der bürgerlichen Gesellschaft. Uns ist der ehrgeizige griechische Advokat Venizelos ebensowenig wie der König der Vertreter des schlimmen oder des guten Prinzips. Wir finden nach den wirtschaftlichen, sozialen und nationalen

### Ursachen des Zwiespalts,

der durch das Volk der Hellenen ging und dessen bloßer Ausdruck Parteien und Parteien sind. Dieser Zwiespalt war so gewaltig, daß er das Land und das Volk gefährdete. Der Krieg hat ihn bloßgelegt. Vielleicht wäre er von innen heraus zu überbrücken gewesen, wenn sich das Land selbst hätte frei entscheiden können. Aber die Wahlarbeit

der Entente diplomatie ist ihm mächtig auf, und die drohenden Schläge britischer und französischer Schiffsflotten taten das übrige. Das Volk wurde zerstückt, zermüht, der Anarchie überantwortet, das Land wurde aufgelöst in einander widerrechtliche Landschaften, die miteinander in feindliche Beziehungen traten, die widerständig und bewaffneter Faust vortraten. In zwölfjähriger selbstwählter Arbeit trieb die Entente die Zerlegung so weit, daß jetzt auch dem König, der trotz ständiger körperlicher Krankheit die Neutralität des Landes fest und unbegrenzt verteidigt, seine Wahl mehr übriggeblieben ist: er muß den Schanplatz seines Widerstandes räumen und erwarten, daß kommen wird, was er vermeiden wollte: die Teilnahme der Griechen am Krieg. Alles im Namen der Freiheit und der Selbstbestimmung der Völker, für die die Entente bekanntlich den Krieg gegen das unpopuläre Deutschland führt.

Griechenland ist klein. Folglich konnten die Großen, die auf dem Papier ständig die kleinen beschützen, an den Wehrlosen oder doch nicht Wehrlosen ihre Wutchen fühlen, als sie nicht so wollten, wie ihnen angekommen wurde. Die

### talendarische Aneinanderreihung

der gegen das kleine Land von der Entente begangenen Gewalttaten hat das gramiame Spiel der Hasen mit einem einzigen armen Mäuslein auf. Im Herbst 1915 landeten 18 000 Mann französischer und englischer Truppen in Saloniki, gerufen von dem damaligen Ministerpräsidenten Venizelos, mit dem Zweck, dem bedrängten Serbien zu Hilfe zu kommen. Griechenland sollte sich der Hilfe-erpedition anschließen, da es der Verbündete Serbiens aus dem Balkankriege war. Konstantin, der Griechenfönig, lehnte die Forderung der Entente ab, da die Bedingungen für die Hilfeleistung nicht vorlagen. Sie besagen sich lediglich auf die Angriffe von Balkanstaaten, nicht aber auf einen Krieg mit Österreich und Deutschland. Die Weigerung Konstantins, dem Gebot der Westmächte zu gehorchen, war der Anlaß zu den Drangsalierungen und Qualereien, die nacheinander eintraten.

Am 30. Oktober 1915 wurden die Kommandos der Verbündeten in Saloniki verhaftet und außer Landes gebracht, die erste griechische Insel von den Franzosen besetzt. Als bald begann der

### Regen von Notizen

die der Wehrlosen. Die griechischen Truppen sollten sich aus Saloniki und Umgebung zurückziehen, dies und die Halbinsel Chalkidike wurden von der Entente für ihre Zwecke besetzt, die griechischen Häfen sollten den Westmächten ausgeliefert werden. Mit Beginn des Jahres 1916 wurde Korfu von den Franzosen besetzt, einen Monat später wurden die griechischen Eisenbahnen und Telegraphenstationen von der Entente besetzt und unter kontrollierende Verwaltung genommen. Es folgte im Juni 1916 die erste Blockade der griechischen Küsten, um die Widerstrebenden durch Entehrung und Hunger zur Unterwerfung unter den Willen ihrer Besieger zu zwingen. Die Entmachtung von zwölf Jahrgängen des griechischen Heeres war die erste Folge. Die Entente verlangte die Schwachen mußten gehorchen. Die Entente setzte Minister ein und Minister ab; sie verlangte die Auflösung der Kammer, Neuwahlen und die Auslieferung der Polizei an die Westmächte. Zum erstenmal erschien ein französisches englisches Geschwader vor dem Piräus und richtete seine Kanonenschüsse gegen die asphaltierten Lande. Am 3. September 1916 landeten zum erstenmal Truppen der Entente im Piräus; sie besetzten die dort liegenden deutschen Schiffe. Die griechischen Truppen in Saloniki und Umgebung wurden entwaffnet, die Italiener begannen den griechischen Piräus zu besetzen. Das griechische Mazedonien, in dem die Truppen der Entente operierten, und die griechischen Inseln taten sich zur Republik unter Venizelos zusammen.

Im Oktober 1916 verlangte die Entente die Auslieferung der griechischen Flotte und die Abführung sämtlicher Truppen aus Thessalien und dem Epirus nach dem Peloponnes, was sie unangenehm waren für die Besieger des Landes. Die Forderungen wurden durchgesetzt, die Munitionslager der griechischen Flotte beschlagnahmt. Im November des vorigen Jahres wurden die

### Vierbundsgefangenen ausgewiesen

und die Ausweisung durch Gewalt von der griechischen Regierung erzwungen. Gleichzeitig verlagerten die Kämpfer für Recht, Freiheit und Volkerverbrüderung die Auslieferung des Kriegsmaterials der Landtruppen, Geschütze, Munition, Gewehre, Eisenbahnwagen. Das schlug dem kleinen griechischen Fasse den Boden aus. Es kam zur Empörung in Athen, zum Kriegsaufstand mit dem Eingreifen der Schiffsregimente der Entente. Die Landtruppen wurden geschlagen und mußten auf die Schiffe zurückweichen. Die Gefangenen der Wehrlosen mußten folgen: sie haben einige Monate lang vom Bord der Kriegsschiffe aus ihre Unterminierungsarbeit fortgesetzt.

Diese lange Leidenszeit gab der griechischen Regierung, deren Souveränität Stückweise zerbrochen wurde, die Veranlassung, Ende des letzten Jahres einen

### Hilfsfriesen an die Kulturwelt

auszusprechen und ihrer Qual erschütternden Ausdruck zu geben. Wilson hatte seine Friedensnote erlassen. Die griechische Regierung antwortete mit einer Note, die am 12. Januar d. J. freigegeben wurde und deren Mittelteil die folgenden Sätze enthielt:

„Die Verhandlungen, die in der Note des Präsidenten im Hinblick auf die Velden der neutralen Nationen infolge des gewaltigen Kampfes enthalten sind, und ebenso die Garantien, die von den beiden kriegführenden Parteien gegeben werden sollen, um die Rechte und die Sicherheit aller Staaten zu sichern, haben in der Seele Griechenlands ein ganz besonders empfindliches Echo gefunden. In der Tat hätte es kein Land, das unter diesem Kriege ebenso gelitten hätte wie Griechenland, obwohl es dem Kampfe ferngeblieben ist. Infolge der ganz besonderen geographischen Lage konnte sich Griechenland weniger als jedes andre neutrale Land einer direkten und verberlichen Einwirkung der Feindseligkeiten zwischen den Kriegführenden entziehen. (Hier folgt eine Liste im Telegramm, die bis heute noch nicht von der Zensur der Entente ausgefüllt ist. Red.) In diesem Augenblick noch seiner Flotte beraubt und fast vollständig entwaflnet, ist unser Land beunruhigt durch eine künstliche Revolte, die Gewinn zieht aus der fremden Okkupation. Es ist unerschwinglich unter der fremden Blockade, die die Verbindungen unterbricht und die friedliche Bevölkerung dem Hunger ausliefert, inbegriffen die vollkommen friedlichen Regionen wie Thessalien und Epirus, die nach den ältesten Regeln des Völkerrechts durch niemanden besetzt sein dürfen, wenn Griechenland im Kriege kämpfte. Dennoch bemüht sich Griechenland mit allen Mitteln, neutral zu bleiben.“

Das war ja das griechische Verbrechen, daß es seine Neutralität bewahren wollte. Aus diesem Grunde blieb der Hilfsfriesen der Entschritten und Geschundenen bei dem Vorkämpfer des Völkerrechts, bei Wilson denn auch ohne jede Antwort. Ein Recht, das England nicht nicht, findet bei dem Präsidenten des amerikanischen Kapitals keinen Fürsprecher. Die Geblenden der Entente setzen ihre Wahlarbeit zäh und unerföhlich fort. Nachrichten aus dem Lande kamen nicht; es war hermetisch von der Außenwelt abgegrenzt; die Blockade schränkte die Widerstandskraft der Bevölkerung immer enger ein; die Entehrungen machten die politischen Parteien des Landes immer gefügiger. So ist der Tag gekommen, an dem die Entente den großen Wurf wag an konnte, den König, die Seele des Widerstandes, zu entfernen und durch seine Befreiung die Bahn freizumachen für die völlige Unterjochung des Landes.

Mit Griechenland allein ist es aber nicht einmal getan. Die Westmächte sind in einer

### politischen Offensive größten Stils

begreifen. Sie haben in Spanien die Ministerkrise angezettelt; sie mühen sich in die chinesische Politik und richten Noten an die Macht des Ostens, deren Inhalt noch nicht genau genug bekannt ist. Alles unter dem täuigen Beilicht des „Friedenspräsidenten“ Wilson, an dessen ersten Jahrestagen dieses Jahres vertrauensvoll wandten. Die politischen Fronten mit dem Ziele, die letzten Neutralen gegen Deutschland und seine Verbündeten aufzuheben.

ten, dient auch die rote Wilsons an, dient die englische Antwort an die neue russische Regierung, die die Revision der Kriegsziele des Eingriffs verlangt hatte. Wilsons Vorschlag an die russische Regierung und die getrennt telegraphisch mitgeteilte neue Kriegsziele an England sind zwei Mittel zu ein und demselben Zweck. Das wankende, kriegsmüde geordnete Russland soll wieder hochgerichtet werden, um weiter gegen Deutschland zu marschieren. Zu diesem Zweck wird ihm zunächst einmal vorgezählt, daß die Kriegsziele der westlichen Verbündeten dieselben seien wie die russischen. Das wird in Wilsons Vorschlag bes näher ausgeführt. Auch der Präsident der Vereinigten Staaten, die von Sozialisten weiter entfernt sind als irgendein anderer moderner Industrieller der Welt, erklärt die Verbrüderung aller Menschen für sein eigentliches Friedensziel. Genau daselbe wollen die russischen sozialistischen Arbeiter, nur haben sie bisher trotz allem Zureden nicht einsehen wollen, daß zum Zwecke der allgemeinen Menschheitsverbrüderung zunächst einmal die

### Allgemeine Gurgelabschneiderei

bis ins Endlosge fortgesetzt werden müßte. In fluger Voraussicht, daß es nicht gelingen werde, die derzeit einschlägigenden Schichten Russlands mit Verbrüderungsansprüchen in neue Menschenkategorien zu treiben, hat die englische Regierung ihre Kriegsziele nicht erlassen. Auch sie stellt die Verbrüderung der durch fremde Gewalt Herrschaft unterdrückten Völkerschaften als ihr Ideal hin, das sie in vollkommen selbstloser Absicht verfolgt. Insbesondere soll das früher von der russischen Autokratie beherrschte Polen jetzt von der Herrschaft der Zentralmächte befreit werden. Das sind alles Dinge, über die sich auf einer demnächst einzuberufenden Friedenskonferenz wohl reden ließe.

Die geringste Schwierigkeit würde dabei die polnische Frage bereiten, da das deutsche Volk mit der Herstellung einer vollständigen Selbständigkeit des ehemals russischen Polens ganz einverstanden ist. Hier ist es vielleicht fraglich, ob Russland ohne weiteres auf jede Form der Zugehörigkeit Polens zu seinem Reich verzichtet würde. Aber auch diese Frage würde auf einer Friedenskonferenz zu lösen sein. Das entscheidende ist, daß England genau so wie Amerika die Befreiung der unterdrückten Völker nicht auf

dem Wege der Verhandlungen, sondern auf dem Wege des Krieges und des

### Sieges über die Mittelmächte

erreichen will. Eine solche Befreiung durch kriegerische Gewalt bleibt aber immer höchst einseitig: eine Macht wird zermürmert, während die andre sich desto stärker befestigt. Die Befreiung der Unterdrückten ist unter solchen Umständen nur ein Vorwand, um die eigene Herrschaft desto stärker aufzurichten zu können.

Die englische Regierung hat allen Grund, anzunehmen, daß man das im revolutionären Russland auch nicht anders aufzufassen wird. Dort ist es aber den sozialistischen Massen mit der Freiheit und Brüderlichkeit blutiger Ernst. Sie wollen diese schönen Dinge nicht dazu mißbrauchen lassen, daß man den Eroberungskrieg

### raffgieriger Kapitalistenklassen

mit ihnen bemäntelt. Darum war die englische Regierung so höflich und so flug, eine Kräftigung und, wenn nötig, eine Neubildung ihrer Kriegsziele in Aussicht zu stellen.

Dieser Akt ist ein barer Ausgesprochenheit hat nur den einen Zweck, Zeit zu gewinnen. War doch die Londoner „Morning Post“ unvorzüglich genug, noch für diese Woche einen neuen Regierungswechsel in Russland anzukündigen. In Petersburg, so sieht es da, seien jetzt zuverlässige Truppen genug verammelt, um nötigenfalls mit Gewalt vorzugehen. Was sich hier entwickeln soll und was unter der Patronage eines Teiles der öffentlichen Meinung Englands vorbereitet wird, ist eine

### Kommunistschlägerei größten Stils.

Einstweilen, solange noch die sozialistischen Massen an der Macht sind, behandelt man sie wie einen gemeingefährlichen Geisteskranken, auf dessen Adren man sich berufen, um ihm im geeigneten Augenblick die Zwangsjacke über den Kopf zu ziehen. Darum verbreitet auch ein Teil der englischen Presse über die Zustände in Russland eine Schauerndröckigkeit nach der andern. Die russische Revolution wird ebenso verleumdet, wie feinerseitig die Pariser Kommune verleumdet worden ist, um für alles, was nachher geschehen soll, Rechtfertigungsgründe bereitzuhalten. So soll die imperialistische Dougrosche wieder aus Rußland gebracht, sollen die russischen

Massen wieder in das Joch des Imperialismus gepfercht werden, damit sie, ein willkürliches Werkzeug fremder Pläne, das große Werk der Zerrückung Deutschlands vollenden können.

Damit ist auf deutlich genug ausgesprochen, wo die deutschen Interessen stehen. Sie stehen dort, wo die rote Fahne weht.

Will Deutschland im Gegensatz zu seinen westlichen Gegnern auf imperialistische Pläne verzichten und will es ehestig in seinem Innern die Freiheit aller Staatsbürger, das Selbstverwaltungsrecht fremder Stämme und Volksteile aufzurichten, dann ist der russische Sozialismus sein natürlicher Verbündeter. Sein Verbündeter nicht auf Wegen der Eroberung und Vergewaltigung, wohl aber auf dem Wege, die zum Frieden und zur Erhaltung aller nationalen Lebensrechte, vor allem auch des deutschen, führen.

Während aber die Gegner Deutschlands feierhaft arbeiten, scheint sich Deutschland selbst einer gewissen politischen Summerruhe hingeben zu wollen. Man verlegt sich auf das Abwarten, statt gegen die politische Offensive der Gegner eine fröhliche Gegenoffensive in Szene zu setzen. Noch währt die Gunst der Stunde, in der Deutschland erklären kann, daß es mit den Friedenswünschen und den Kriegszielen des revolutionären Russlands ebenso sehr übereinstimmt, wie die westlichen Verbündeten Russlands mit ihnen nicht übereinstimmen. Aber binnen kurzem wird auch diese Gelegenheit verpufft sein!

Die Absetzung des griechischen Königs mag neben den Ereignissen in Spanien und China auch den Zweifeln zeigen, wie systematisch, raffiniert, rücksichtslos, gewalttätig und erfolgreich die Diplomatie der Entente für ihre Zwecke arbeitet, die ganze Welt gegen Deutschland zusammenzuballen. Da ist keine Zeit mehr zu Erwägungen und zum Abwarten. Gegen Handlungen müssen Handlungen gestellt werden. Nicht morgen, sondern sofort. Was die Stunde an Gunst für Deutschland bietet, muß ergriffen werden. Ueber Stockholm geht der Weg. Die Abgeordneten der Entente dürfen nicht länger in Russland mit einem Schein von Recht herumtrotzen, daß Deutschlands Stellung zur Friedensfrage zu spät ist. Nur so kann die große politische Offensive der Westmächte zurückgeschlagen werden.

# Was der Krieg bringt.

## Stockholm.

### Verhandlungen über das Friedensproblem.

Am Montag begann in Stockholm die Beratung mit dem holländisch-flandrischen Komitee über das Memorandum der deutschen Delegation, in dem der Fragebogen über das Friedensproblem beantwortet wird. Auf Antrag der deutschen Delegation wurde dem Fragebogen die Frage hinzugefügt, was die einzelnen sozialistischen Parteien in den verschiedenen Ländern während des Krieges zugunsten des Friedens unternommen hätten.

### Besprechungen mit Branting.

In Stockholm verläuft, daß den Franzosen, den Engländern und den Amerikanern in ihren Köpfen für Rußland ein einlässiger Ruf nachhat in Stockholm bewilligt werden soll, wodurch man ihnen Gelegenheit geben will, sich mit Branting zu besprechen.

### Spanische Delegierte.

Sabas meldet: Der „Matin“ erfährt aus Madrid, daß das Exekutivkomitee der spanischen sozialistischen Partei Besizer, den Vizepräsidenten der Partei, Berbes und Montenegro als Delegierte für den Stockholmer Kongreß bezeichnen hat. Die Delegation werde ohne bestimmtes Programm auftreten, aber, so heißt das französische Telegraphenbüro hinzu, ihre Resolutionen seien im Prinzip durch die Laizisten festgelegt, daß Deutschland die Schuld am Kriege trage.

### Die „Unabhängigen“.

Die Vertreter der deutschen Minderheit sind in Stockholm noch nicht eingetroffen. Man vermutet hier, daß sie erst zur allgemeinen Konferenz kommen wollen.

## Der Seekrieg.

Bericht, gesunken, gefentert, gekraudet. „Maasbode“ meldet: Der Segler „Helen“ (150 Br.-Z.) aus Rosland ist gefentert. Der Segler „Damseld“ aus Bohon ist gesunken. Der englische Dampfer „Trentham Hall“ (4173 Br.-Z.) ist gekraudet und gilt als verloren. Der englische Segler „Elma“ (338 Br.-Z.) ist gesunken. Der Segler „Ole Videret“ aus Neuviandland wurde als treibendes Wrack angetroffen. Der englische Segler „Mar V. Tobin“ ist gesunken und verbrannt. Der französische Dampfer „Solonot“ ist mit einem englischen Dampfer zusammengefahren und gesunken. Der Segler „Whille“ aus London wurde in bariertem Zustand von der Befahrung verlassen. Der amerikanische Dampfer „Case“ ist verbrannt. Der Dampfer „Mai“ aus Christianland ist gekraudet und befindet sich in freier See. Bericht weiter: Der russische Dampfer „Mogil“ (2223 Br.-Z.) von England nach Rußland mit Kohlen und Automobilen unterwegs, der Dampfer „Gorland“ (2473 Br.-Z.) aus Damselund, von Frankreich nach Nordamerika unterwegs, der norwegische Segler „Juno“ (469 Br.-Z.) und der Fischkutter „Herve II“ aus Tromsø. Der japanische Dampfer „Kata Maru“ (429 Br.-Z.) ist auf einen Felsen gesunken und gilt als verloren. Der japanische Dampfer „Damao Maru“ (341 Br.-Z.) wurde durch Feuer vollständig zerstört. Der Schweizer „Henry G. Sausen“ nach Baltimore wurde von einem norwegischen

Dampfer gerammt und ist gesunken. Der Segler „Standard“ aus San Francisco (1535 Br.-Z.) ist gesunken. Der japanische Segler „Glencoe“ (134 Br.-Z.) und der englische Dampfer „Gyrenholm“ (3395 Br.-Z.) wurden vermisst. Der russische Dampfer „Verand Friedgaard“ (1799 Br.-Z.) wurde auf der Fahrt von England nach Dänemark mit Kohlen in der Nordsee vermisst. „Groninger Courant“ berichtet, daß der niederländische Segler „Gorelia“ auf der Reise von Darre nach Kishon im Kanal vermisst wurde. Kapitän und Besatzung wurden gerettet. Das norwegische Minierboot „Haugen“ stellt aus Sandefjord mit: Die Bar „Leveron“ ist am 9. Juni vermisst worden; vier Mann (ein Norweger, ein Schwede, ein Kanadier und ein Finne) sind umgekommen. „Maasbode“ vermeldet ferner den Untergang folgender Schiffe: Die deutschen Schiffe „Tremoy“, „Glor“, „Margarete“, „Gite“, „Deute“, „Briantia“, „Traveller“, „Dietrich“, „Albela“ und „James“, die schwedischen „Gocia“, „Zyoren“ und „Anton“, der englische „Perionich“, die französischen „Jeanne“ und „Gardonic“ sowie die norwegischen „St. Zanina“ und „Larpsmo“.

Wien an der holländischen Küste. Im Monat Mai wurden an der niederländischen Küste 20 Minen angefaßt, und zwar 7 englische, eine deutsche und eine unbestimmter Nationalität. Ingesamt sind damit 2099 Minen an der niederländischen Küste angefaßt worden. Davon waren 1431 englischen, 65 französischen, 266 deutschen und 335 unbestimmten Ursprungs.

## Englands Antwort an Rußland.

Die vom 9. Juni datierte Antwort der englischen Regierung auf die russische Note über die Kriegsziele der Alliierten lautet dem Kauterischen Bureau zufolge:

Am 3. Mai erhielt Seiner Majestät Regierung durch den russischen Gesandten eine Note von der russischen Regierung mit der Erklärung ihrer Kriegspolitik. In dem Aufsatz an das russische Volk, der in der Note enthalten ist, wird gesagt, daß das freie Rußland nicht andere Völker zu beherrschen, noch ihnen ihr angekommenes nationales Erbe zu nehmen oder fremdes Gebiet gewaltfam zu besetzen beabsichtigt. Dieser Gesinnung stimmt die englische Regierung von Herzen zu. Sie ist in den Krieg nicht als in einen Eroberungskrieg eingetreten und sie sieht ihr für kein solches Ziel vor. Ihre Absicht beim Ausbruch des Krieges war, den Bestand ihres Landes zu verteidigen und die Achtung vor den internationalen Verpflichtungen zu ergründen. Zu diesen Zielen ist jetzt noch das Befreiung der durch fremde Gewalt Herrschaft unterdrückten Völkerschaften hinzugekommen.

Die englische Regierung freut sich daher herzlich, daß das freie Rußland die Absicht der Befreiung Polens angeknüpft hat, nicht nur des von der alten russischen Autokratie beherrschten Polens, sondern in gleicher Weise des unter der Herrschaft des deutschen Kaiserreichs befindlichen Polens. Zu diesem Schritte wünscht die englische Demokratie Rußland ganzes Gelingen.

Vor allem müssen wir nach einer Regelung streben, die das Blut und die Zufriedenheit der Völker sichern und allen berechtigten Ansprüchen einen zukünftigen Krieg befechtigen wird. Die englische Regierung bezieht sich herzlich mit ihren russischen Alliierten in der Annahme und Wiltigung der Grundzüge

die von dem amerikanischen Wilson in seiner historischen Vorschau an den amerikanischen Kongreß niedergelegt sind.

Das sind die Ziele, für die die britischen Völker kämpfen, das sind die Grundzüge, von welchen ihre Kriegspolitik jetzt und in Zukunft geleitet wird. Die englische Regierung glaubt, daß die Abmachungen, die sie von Zeit zu Zeit mit ihren Alliierten getroffen hat, mit diesen Zielen übereinstimmen. Aber wenn die russische Regierung es wünscht, ist sie vollständig bereit, diese Vereinbarungen mit ihren Alliierten zu prüfen und, wenn nötig, zu revidieren.

In trefflichen Worten fehlt es der englischen Regierung nicht. Aber wie der lachliche Inhalt ihrer Note vereinbart werden soll mit der russischen Friedensformel „Keine Entschädigungen, keine Annexionen“, das wird sie selbst nicht wissen trotz ihrer scheinheiligen Behauptung, daß sie den Wünschen und Auffassungen der russischen Regierung aus vollem Herzen beistimme.

Die französische Regierung hat in Petersburg ebenfalls eine Note übergeben lassen, welche dieselben Überlegungen enthält wie die englische, und hinzufügt, daß Frankreich, in dem Wunsch nach Wiederherstellung von Eliaß-Lothringen, das ihm vormals mit Gewalt entzogen worden sei, gemeinsam mit seinen Alliierten die Rechte auf ihr unversetztes Gebiet und auf wirtschaftliche und politische Selbständigkeit zu sichern. Das ist natürlich keine Annexion!

## Die Beschlüsse von Leeds.

Die Arbeiterkonferenz in Leeds, die kürzlich stattfand, hat bekanntlich verurteilt, die englische sozialistische Friedensbewegung einheitlich zusammenzufassen. Sie hat zu dem Zweck durch ihre mehr als 1100 Delegierten einstimmig zwei Resolutionen annehmen lassen, deren Verbreitung noch dem Ausland von der englischen Regierung unterlag worden ist. Durch russische Sozialisten, die von England in die Heimat zurückkehrten, werden sie jetzt bekannt. Der erste Beschluß lautet:

Dieser Kongreß der Arbeiter und Demokraten begrüßt mit großer Genugtuung die Erklärung der russischen provisorischen Regierung über ihre auswärtige Politik und Kriegsziele und teilt die feste Überzeugung dieser Regierung, daß der Fall des Parismus und die Westigung der demokratischen Grundzüge in der inneren und äußeren Politik Russlands unter den Demokraten anderer Nationen neue Schranken nach einem dauernden Frieden und nach einer Völkerverbrüderung unter den Völkern schaffen wird. Aus diesem Glauben heraus verpflichten wir uns, für eine Wiederherstellung eines allgemeinen Friedens zu arbeiten, der nicht die Herrschaft einer Nation über eine andre bringen soll, aber der gewaltlosen Eroberung von Gebieten zutrifft, sondern ein friedliches ohne Annexionen und Kriegsenstehung ist, fufend auf dem Rechte der Nationen, ihre eigenen Angelegenheiten zu ordnen. Und als ersten Schritt diesem Ziel entgegen fordern wir die britische Regierung auf, sofort ihre Zustimmung zu der Erklärung der demokratischen Regierung Russlands über die auswärtige Politik und die Kriegsziele zu geben.

In der zweiten Resolution beschloß der Kongreß die Einigung von Arbeiter- und Soldaten-





# Die internationale Gewerkschaftskonferenz.

Aus Stockholm wird uns vom 8. Juni geschrieben: Am Sitzungstag der internationalen gewerkschaftlichen Landeszentrale trat heute vormittag die internationale Konferenz der gewerkschaftlichen Landesorganisationen zusammen. Einbuisk (Stockholm) eröffnete die Sitzung im Auftrag des Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes (I. G. B.) und übernahm als Vertreter der schwedischen Gewerkschaften den Vorsitz. Er begrüßte die Teilnehmer auf das herzlichste und gab der besonders Freude der schwedischen Genossen Ausdruck, in deren Namen so viele ausländische Vertreter organisierter Arbeiter hier zu leben. Das gewerkschaftliche sowie das politische Zusammenkommen der Arbeiter aller Länder hat während dieses ungeheuren Krieges dankbar gefehlt, hier in Stockholm haben wir uns wiederholt damit beschäftigt, die Verbindung wiederherzustellen. Anlässlich des Jahres, am 10. Juni eine allgemeine internationale sozialistische Konferenz in Stockholm abzuhalten, enthielt die heutige Sitzung zu veranlassen, um die gewerkschaftlichen Forderungen für den einigten Frieden und den Krieg zu diskutieren. Leider ist die allgemeine internationale Konferenz bisher nicht zustande gekommen, und auch heute fehlen die Vertreter mancher kriegführenden und neutralen Länder. Immerhin sind aber zum erstenmal seit Kriegsausbruch

Konferenzen erschienen jedoch zu doppelt für die hauptsächlich in absehbarer Zeit zustande kommende politische Konferenz. Deshalb hielt ich es für notwendig, eine Besprechung unter den Vertretern der einzelnen Länder herbeizuführen, um ungefähre eine Richtschnur für die Beratung dieser letzten Arbeitstermine der politischen Konferenz zu geben.

Auf die Frage, ob der internationale Gewerkschaftsband auch den 8. Juni eine allgemeine Konferenz nach Stockholm einberufen sollte, antwortete er trotz nicht eindeutigen Auffassungen zweifelnd ablehnend. In dem Schreiben, das diese Ablehnung begründet (Legen verliest es), wird gesagt, daß keine Aussicht auf einen Erfolg der Einberufung bestehe. Das Schreiben an die spanische Landeszentrale wurde laut Mitteilung der Schweizer Zentralstelle

von der französischen Militärbehörde nicht durchgelassen (Dort, heißt eine Schilderung der der französischen Generalität in Paris blieb ohne Antwort. (Dort, heißt) Auch Jouharz telegraphiert, daß er weder das Mandat schreiben, noch eine spätere Anfrage der Schweizer erhalten habe. (Dort, heißt) Von Italien kam keine Antwort, wahrnehmbar ist auch dort das Schreiben der Zentrum zum Epier geflossen. Wenn sonst hätte der Vermittler über die italienische Gewerkschaftslösung sicherlich auch die Gelegenheit erwidert. Appleton von der zentrale der Trades-Unions hat das Schreiben von S. März erhalten, er antwortete am 9. Mai, daß der leitende englische Ausschuss noch immer eine internationale Gewerkschaftskonferenz für unmöglich halte, solange noch so viele Arbeiter in den Kriegen überleben. Appleton und Appleton, welche die Konferenz mehr fördern als nützen könnte, solange die Wogen der nationalen Erbitterung so hoch gehen. An Compens schrieb Appleton übrigens auch, daß er die Teilnahme an den von Regierungen einberufenen sozialistischen Arbeiterkonferenzen (Dort, heißt nicht für mich) ablehne. Das Ziel der Arbeiter der internationalen Konferenz erwidert auch ausführlich, es wäre dem, daß eine Schweizer Einladung vielleicht von Frankreich aus noch unterstützt würde.

Die Schweizer behaupten also ab, weil, wenn die Entente-Länder nicht kämen.

### Die Konferenz unterbricht

wäre, denn die Vertreter der Zentralämter und der Zentralstellen hätten die Arbeiterklasse der ganzen Welt ebensogut repräsentieren, wie das die Arbeiterkonferenz getan habe. Auf Einladung von Jouharz und Appleton hat die I. G. B. zur friedlichen Verhandlung unter der Gewerkschaftsorganisation aller Länder unternommen worden ist, gar nicht unterstützt. In Frankreich und Italien wurde der Arbeiterkampf und der gewerkschaftlichen Landeszentralen, sowie die sozialistische Bewegung der letzten militärischen Kämpfe nicht in Verbindung mit den anderen Ländern nicht unterstützt. Deshalb müßte der Klein erst einmal ins Rollen gebracht und wenigstens ein Zusammenkunft der anderen Landeszentralen, die unterstützt sind, abgehalten werden. Und wenn auch die heutige Konferenz niemand verpflichtet und feierlich für die Landeszentralen entscheidende Bedeutung haben kann, so ist es doch ein Zeichen der Solidarität der Gewerkschaften, daß die italienische Regierung kaum verhindern, daß die Tagung des Staatstages dieser Konferenz mit einer solchen Tagungsordnung der französischen und italienischen Arbeiterklasse bekannt wird. Durch eine Veränderung der heutigen Konferenz dagegen waren wir wieder in der gleichen Situation, wie die Gewerkschaften organisierter Arbeiter mancher Länder Europas über das, was die Gewerkschaften der anderen Länder denken und tun, nicht unterrichtet wären.

### Ein Telegramm an den russischen Arbeiter- und Soldatenrat

gehört, wobei ich natürlich voraussetzte, daß die Zeit zu kurz sein würde, um einen Vertreter von dort nach hier schicken zu können. Aber auch der Arbeiterrat sollte unterrichtet sein. Den Erfolg muß ich vorübergehend dahingestellt sein lassen. Es ist wenigstens sicher, daß die schnelle Beratung dieser schmerzlichen Frage, der Wünsche von Leebis und des Programms des I. G. B. eintrifft. Die im Arbeitsvertrag festzulegenden Vorschriften über Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsbedingungen, Arbeitserleichterung, Einmündung usw. müssen sehr genau erwohnen werden. Der Vergleich des Programms von Leebis und des I. G. B. zeigt, daß die gewerkschaftlichen Organisationen ergründe eine gewaltige Verschiedenheit der grundsätzlichen und praktischen Auffassung. Wenn wir, wie ich schon bestimmt hoffe, eine neue vollständige internationale Konferenz zustande bringen, wird die Beratung ja doch alle Einzelheiten berühren. Aus Zweckmäßigkeitsgründen und um der heutigen Konferenz nicht einen Charakter zu geben, der nicht leicht, nicht aus bösem Willen, aber aus Empfindlichkeit von anderer Seite angenommen werden könnte, empfehle ich, heute nicht in die materielle Beratung einzutreten, sondern, daß diese doch schon jetzt internationale Konferenz von sich aus eine offizielle Einladung an alle gewerkschaftlichen Landeszentralen erlaßt.

### Ein neuer allgemeiner Konferenz

die dann das Programm zu beraten hat und die unbedingt notwendige Eintritte mit sich herbeiführt. Zur die neue Konferenz wird Zeit und Ort so zu bestimmen sein, daß kein Land sich damit zu empfindlichen bemang, es hätte wegen Ort und Zeit keinen Delegierten entsenden können. Wir müssen die anderen Landeszentralen jetzt vor die Frage stellen: Soll ich gemeinsam mit den Gewerkschaften aller Länder keine Arbeitervorteile herbeiführen, die mit der Schuldfrage am Krieg, mit Frieden und Ausgang des Krieges und mit den Friedensbedingungen nichts zu tun haben? Es handelt sich um die Zukunft der Arbeiterklasse, um die Sicherung des Lebens der Arbeiter, ihres Volkes und ihrer Gewerkschaft. Wir wollen leben, welche Landeszentrale es wegen ihrer Arbeitervorteile nicht einen solchen Konferenz abzuhalten. Das wollen wir anerkennen.

Es empfiehlt sich, dieser heutigen Konferenz nicht den Anschein einer materiell beschließenden zu geben, wohl aber eine von den amvenden Neutralen zu formulierte Einladung zu einer allgemeinen Konferenz hinzu zu fügen, bei der jeder Schwere bemerkt werden, als gehe sie von den Gewerkschaften kriegführender Länder.

Einbuisk (Schweden): Eine landliche Diskussion wäre zu wünschenswert, da wir heute doch nicht zu einer Entscheidung kommen könnten. Ich schlage vor, die neue Konferenz durch ein Manifest einzuwerben, das die heutige Konferenz

an die Gewerkschaften der ganzen Welt richtet. (Einbuisk legt einen Entwurf vor.)

Dubegerr (Solland) schlägt sich den beiden Vordrednern an. Die Zeit zur genaueren Vorbereitung des Leebis und S. März-Programms vor dem 1. August. Die neue Konferenz muß im Voraus festgelegt werden, da an dem 1. August ein Teilnehmendes. Die Vertreter Konferenz hat vor dem fünftägigen Zusammenkommen näher gebracht, als man bisher geglaubt hat. Auf die Einladung hierher hat mich Compens telegraphisch, daß er zwar die Einberufung nicht befreit, sondern man früher auf seinen Vorschlag hin, die Konferenz nach Stockholm zu verschieben, und während des Friedenssonnetzes beobachten, nicht angenommen werden habe die Zeit nicht genügt, um Delegierte hierher zu wählen.

Quebec (Oesterreich) hat mit Legien einverstanden, hält es jedoch für notwendig, an die militärische Vorbereitung der Gewerkschaften der Entente-Länder zu telegraphieren, daß die Stadtsamer Konferenz die Rechte beschließen als eine Wiederannäherung der Gewerkschaften begrüßt und worin weiter mitgeteilt wird, daß die Beratung der Verträge von Leebis und S. März bis zu einer allgemeinen Konferenz zurückgestellt werden.

Öberberg (Schweden) hat die Erklärungen Legiens befreit; er, Öberberg, wolle nicht heute schon eine landliche Beratung des Programms, sondern nur Anfang der Oktober, die den I. G. B. zur Ausarbeitung eines anderen Programms als das von Leebis, veranlassen können.

Die Diskussion (Kriegsregeln) ist mit den Maßnahmen Legiens einverstanden, gibt jedoch gegen den Vorschlag Quebers zu bedenken, daß es sich bei der Briefe Korrespondenzzentrale um eine von der gewerkschaftlichen Internationalen organisiert nicht anerkannte Zweite Gründung der französischen Gewerkschaften konstell.

Legien schlägt vor, das hier zu beschließende Manifest an die Gewerkschaftszentren aller heute nicht vertretenen Länder telegraphisch zu übermitteln.

Das Programm an Paris soll auch schriftlich eine entsprechende Anerkennung für die von Leebis geleistete Friedensarbeit sein, die wir den Teilnehmern der Leebis Konferenz schuldig sind. Das organisatorische Wesentliche wäre durch zu übermitteln, daß an Jouharz als Bericht telegraphieren wird.

Jaszi (Ungarn): Sprechen wir doch aus, daß wir in Braggip mit dem Leebis beschließen und mit den Vorschlägen des Internationalen Gewerkschaftsbundes einverstanden sind, und geben wir das allen heute nicht vertretenen Ländern bekannt.

Einbuisk spricht für den Vorschlag Quebers. Folgen müssen, so zeigen wir nach der ausführlichen Entscheidung Leebis Konferenz, daß wir eine internationale Konferenz sein.

Nach einer Pause legte Einbuisk namens der schwedischen Delegierten den Entwurf einer Einladung vor, die nach kurzer Debatte in folgender Form beschloß:

### Einladung zur allgemeinen internationalen Gewerkschaftskonferenz.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Stockholm am 8. Juni 1917, zu der die Gewerkschaften in Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Dänemark, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien, Rumänien Vertreter entsandt haben, hat ihrem Wunsch vom Programm der Gewerkschaftskonferenz in Leebis vom Juni 1916 und vom Entwurf der Friedensforderungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes angenommen. Die Konferenz erachtet die Sicherung der Arbeitervorteile, des Arbeiterkampfes und der Arbeiterorganisation als

### eine der wichtigsten Bestimmungen

in dem Friedensvertrag, der schließlich zustande kommen wird. Da diese Forderung die Arbeiterklasse der ganzen Welt auf das höchste befähigen, hält die Konferenz es nicht für unmöglich, jetzt in eine endgültige Beratung einzutreten. Sie beschließt daher, die Einberufung einer neuen Konferenz am 17. September 1917 nach der Schweiz, so daß den Gewerkschaften aller Länder die Teilnahme ermöglicht wird.

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse wird hierdurch eingeladen, zu dieser Konferenz Vertreter zu entsenden. Die Konferenz in Stockholm hält es für angemessen, daß zu der neuen Konferenz, nicht nach den Bestimmungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes nur drei Delegierte, sondern bis zu zehn Delegierten von jedem Lande entsandt werden können, wobei aber die Bestimmung jedes Lande nur eine Stimme haben soll. Die Konferenz ist überzeugt, daß eine solche Zusammenkunft der Vertreter der organisierten Arbeiter der ganzen Welt von entscheidender Bedeutung für die Sicherung der Lage der internationalen Arbeiterklasse ist und den Fortschritt der menschlichen Kultur fördern wird.

### Mit beiderseitiger Freude

(folgen die Unterschriften sämtlicher Kongreßteilnehmer, davon diejenigen aus neutralen Ländern.)

Auf Antrag Quebers wird nach folgender Zusatz beschlossen:

In der Erwartung, daß die Gewerkschaften aller Staaten trotz aller Wirrigkeiten des Krieges die gewerkschaftliche Brüderlichkeit aufrechterhalten, hoffen wir, daß sie dafür sorgen werden, daß die neue Konferenz vollständig besetzt sein wird.

Weiter wird auf Antrag Öberbers beschlossen, an Jouharz (Paris) folgendes Telegramm zu schicken:

Am 8. Juni in Stockholm tagende Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen von Oesterreich, Ungarn, Dänemark und der Mitgliedern des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Holland begrüßen die Beschlüsse von Leebis im Juli 1916 als

### bedeutungsvolle Kundgebungen

für die Interessen der organisierten Arbeiterklasse aller Staaten und als ein erfreuliches Zeichen, die durch den Krieg entstandene Entfremdung zu beenden zu wollen. Die Anerkennung auszusprechen, hält die Konferenz als ihre Pflicht und erlaßt, diese Mitteilung an die Organisationen, die von Leebis vertreten waren, weiter zu geben. Einbuisk.

Auf Vorschlag Legiens wird die Ablegung folgendes

### Telegramms an den Arbeiter- und Soldatenrat

in Petersburg beschlossen:

Die am 8. Juni in Stockholm versammelten Vertreter der Gewerkschaften begrüßen die Arbeiter- und Soldatenrat und erwarten für die nächste internationale Gewerkschaftskonferenz am 17. September in der Schweiz Vertreter von allen Ländern.

Legien weist noch auf den von ihm ausgearbeiteten Entwurf zur Reorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes hin, woran größere Einheit und eine geistige organisatorische Grundlage entsprechend dem Arbeiter in seinen internationalen Gewerkschaftskonferenz geschaffen werden sollen. Die zur Entscheidung einer allgemeinen internationalen Gewerkschaftskonferenz antanzenkommene, einen Entwurf zur Reorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes, den die Teilnehmer der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Stockholm, am 8. Juni 1917, angenommen haben, wird durch den Entwurf zur Reorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes, den die Teilnehmer der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Stockholm, am 8. Juni 1917, angenommen haben, ersetzt.

Queber spricht namens der Delegierten, die zum großen Teile wieder abtreten, den Freunden von den gewerkschaftlichen Brüderlichen Dank für die so wertvollen Aufnahmen ihrem Kampf an. Schlußwort, mich wieder im Hinblick auf eine allgemeine Konferenz antanzenkommene. Damit hat die Konferenz ihr Ende erreicht. Auf Einladung der schwedischen Gewerkschaftslösung unternommen Teilnehmer einer Lampirsausflug in die Schären.

# Beilage zur Volksstimme.

Nr. 12.

Halle, Donnerstag den 14. Juni 1917.

1. Jahrgang.

## Wie die Parterspaltung gekommen ist

Von Adolf Thiele, Halle.

IV

Das eben ist der Fluss der bösen Tat...

Wegen unserer Kreditbewilligung will man uns neuerdings mißredende Umstände aufdrängen. Wir sollen nur zugestehen, daß wir die erste Bewilligung im „Kriegsbrauch“ ausgesprochen haben und sollen die Beförderung geloben. Dennoch lehnen wir dieses herguckige Entgegenkommen ab, lassen aber die mißredenden Umstände gegen für solche Kofistler gelten, die nach dem 4. August 1914 die Bewilligung als richtig anerkannt haben — siehe „Volksblatt für Halle“ —, und erst später, als ihr „Kaufsch“ verfliegen war, zu ihrer Beförderung erkannten, daß sie sich politischer Eudomolierie hingegeben hatten. Der Fraktion hat bei ihrer Beschäftigung nichts ferner gelegen, als Kaufsch in irgendwelcher Form. Soweit bekannt geworden ist, soll auch nur ein einziges Fraktionsmitglied seine Abstimung hinterher damit begründet haben, daß es gefagt hat, bei Ablehnung der Kredite wäre er nicht lebendig aus Berlin gekommen. Der Betreffende geböt jedoch von Anfang an zur „Arbeitsgemeinschaft“.

Die Fraktion hat mit kaltem Blut und nur nach sachlichen Gründen ihre Entscheidung getroffen. Niemand verheißt sie, daß durch Worte, die seit langen Jahren ab und zu von einer vielbesetzten Stelle aus gefallen waren, im Ausland Mißstimmung und Mißtrauen gegen die deutsche Politik sich verbreitet hatten; doch darin die Kriegsurkunde zu erblicken, wäre kindisch gewesen. Die tiefste Ursache, darüber herrschte wollte Einmütigkeit, war in dem kapitalistischen und imperialistischen Weltkampf der herrschenden Klassen aller Staaten zu finden. Die Schuld am Kriege war auf alle Länder verteilt. Ein Sozialist sollte überhaupt nicht fragen: Wer ist schuld am Kriege?, sondern was ist schuld daran. In der Fraktion berückte auch Haase über vertrauliche Mitteilungen, die der Reichsminister ihm und den andern Fraktionsvorsitzenden gemacht hatte, über die Vorgehens hinter den diplomatischen Kulissen in den letzten Tagen der Krise und über die Stellungnahme Berlins dazu. Wir erfuhr, warum der Großdeutsche Vorschlag, Österreich und Serbien sollten ihren Anteil durch einen Spruch der europäischen Großstaaten entscheiden lassen, in dieser Form nicht als annehmbar erachtet worden war. Wir erfuhr weiter, daß dagegen die vom deutschen Reichsminister in London, Fürst Lichnowski, aufgestellte Formel von Gerechtigkeit anerkannt worden war. Wir erfuhr, daß Berlin, als Wien die von Serbien angebotene Unterwerfung unter die wichtigsten Punkte des Wiener Ultimatus abgelehnt hatte, in Wien kurz und bündig hatte erklären lassen, daß es sich durch seinen Verbündeten nicht in einen Weltbrand ziehen lassen wolle, und daß infolge dieser unangebotenen Drohung Wien sofort eine Verständigung mit Serbien angebahnt hatte, die schon so weit gediehen war, daß nur noch die Schlussabhandlung fehlte, die am 1. August erfolgen sollte.

Wir erfuhr auch, was sich in Petersburg abgespielt und daß die kriegstreiberische Großfürstentum über die deutschfreundlichen Einflüsse am Hofe gelacht hatte, daß ferner durch Geheimverträge der erhebliche Teil der 18 Milliarden, die von Frankreich an Rußland geliehen worden waren, zum Ausbau des Befestigungsbereichs an der Weichsel, zum Bau militärischer Bahnen nach der deutschen Grenze zu und zur Bewaffnung von allerlei

Kriegsmaterial hatte verwendet werden müssen und unter französischer Kontrolle tatsächlich verwendet worden war. Schon monatelang vor Sarajewo war in den Petersburger Hof- und Regierungskreisen ein fortwährender Krieg mit Deutschland erörtert worden, so daß die Frau eines Großfürsten schreiben konnte, die eigentliche Entscheidung sei schon bei der Anwesenheit Roincarés und Wisnians in Petersburg gefallen und sie sei intensiv nach den Absichten der Kriegspartei von Jewoffi und Wendendorff, den russischen Dolmetschern in Paris und London, vorbereitet worden.

Niemand konnte die Michtigkeit dieser Mitteilungen bestreiten — es sind uns damals noch viele intime Einzelheiten unterbreitet worden — und wir mußten geradezu erkennen, was ja auch der „Vorwärts“ unter seiner früheren Redaktion getan hat, daß die deutsche Regierung bis zum letzten Augenblick bestimmt gewesen war, den Ausbruch der Katastrophe zu verhüten. Wir mußten der Überzeugung sein, daß es ein Vermeidungskrieg sei, den Deutschland führe. Die Tatsache, daß die Kriegserklärung von deutscher Seite aus erfolgt war, änderte daran nichts. Kaufsch, Bernheim und später Banderwede haben übereinstimmend darauf hingewiesen, daß keinesfalls gefolgert werden dürfe, wer den Krieg erklärte, habe dadurch die Schuld am Kriege auf sich. Weder Karl Liebknecht, noch Haase, Redebour oder sonstwer hat damals die Ablehnung der Kredite durch den Hinweis zu begründen gesucht, durch ihre Kriegserklärung an Rußland und Frankreich habe die deutsche Regierung die Schuld am Kriege auf sich genommen. Dagegen konnte niemand die Michtigkeit der vertraulichen Mitteilungen bestreiten, Deutschland habe sich England gegenüber verpflichtet, belgischen Boden nicht durch deutsche Truppen betreten zu lassen, falls England keine Neutralität zusichere, daß Deutschland überhaupt nach Belien Wehr zu Fuß bleiben wolle, also nach Frankreich gegenüber, wenn England die gleiche Garantie für Frankreich übernehme. Welches hatte die englische Regierung abgelehnt. Gehr selbst deklarierte am 1. August an den englischen Botschafter Goshen in Berlin, er habe am gleichen Tage dem deutschen Botschafter in London erklärt, eine Zusage der Neutralität Englands könne er auch dann nicht geben, falls Deutschland die Neutralität Belgiens respektiere. Und als Lichnowski in ihn drungen sei, England selbst möge die Bedingungen formulieren, unter denen es neutral bleiben wolle, habe er jede Bindung abgelehnt.

Angeht dieser Sachlage war wir verpflichtet, den Krieg als als Verteidigungskrieg zu betrachten. Nicht dem „Kriegsbrauch“ entsprang unser Beschluß, für die Kriegskredite zu stimmen, sondern der gewonnenen Einsicht in Tatsachen und Verhältnisse, die uns bis dahin unbekannt geblieben waren, die aber trotzdem entscheidend auf unsere Entscheidung sein mußten. Ob wir sind die weitaus meisten Mitglieder der Fraktion nach Berlin gekommen mit der Absicht, gegen die Kredite zu stimmen. Und wichtig, die Aussicht, dafür noch kriegsbegeisterter Mob totzuschlagen zu werden, hätte keinen von uns, ich glaube da im Sinn aller gleichgesinnten Fraktionskollegen reden zu dürfen, veranlassen können, gegen unsere Überzeugung für die Kredite zu stimmen. Aber gewissenlos und unverantwortlich wäre es gewesen, um irgendeiner vorgefassten Meinung willen die Tatsachen ungewürdigt zu lassen, die uns bekanntgewesen würden. Von

vornherein sind nur wenig von uns zur Kreditbewilligung entschlossen gewesen. Zu ihnen gehörte Dittmann (Solingen), der erst am Montag nach Berlin hatte fahren können und die Fahrt in Gemeinschaft mit dem Genossen H. Müller zurücklegte, der am 31. Juli vom Parteivorstand nach Paris geschickt worden war und nur erst am 3. August heimkehrte. Dittmann trat, wie Müller erzählte, während der Fahrt nach Berlin „geradezu begeistert“ für die Bewilligung ein. Er hat das später, als nach der dritten oder vierten Kreditbewilligung sein „Kaufsch“ verfliegen war, in Abrede stellen wollen. Allein aus seinem eignen Volkssinn ist bezeugt worden, daß er auch dort in gleicher Weise aufgetreten ist. Daraus soll ihm kein Vorwurf gemacht werden, obwohl es mir persönlich unklar ist, wie ein Sozialdemokrat für irgend etwas „begeistert“ sein kann, was der Krieg uns aufbringt. Da jedoch Dittmann zu den Unabhängigen gehört, die gegen uns „Sozialpatrioten“ den Mund nicht voll genug nehmen können, erschien es angezeigt, seine damalige Zustimmung zu erwähnen.

Am Montagabend entschied sich die Fraktion mit allen gegen 14 Stimmen für Bewilligung der Kredite. Eine programmatische Erklärung sollte dazu abgegeben werden. Zur redaktionellen Festlegung derselben wurde eine Kommission gewählt, in der auch Redebour und Kauschky saßen. Sie haben gemeinsam die Erklärung ausgearbeitet und am Dienstag den 4. August der Fraktion vorgelegt. Die Fraktion nahm nur noch ganz geringe Veränderungen vor. Als Fraktionsvorsitzender sollte Haase sein werden. Er trübte sich heftig, weil er ja Gelehrer der Bewilligung sei. Es wurde ihm gelagt, nur der Fraktionsvorsitzende, kein anderer, sei berechtigt, in einem so bedeutungsvollen Augenblick vor der Welt zu sagen, welche Stellung wir einnehmen. Schließlich sagte sich Haase. Erbielte er damals, wie er heute behauptet, in der Bewilligung einen Vorstoß gegen die Grundzüge der Partei, so hätte er sich unserm Vorschlag nicht fügen dürfen, vielmehr den Vorstoß in der Fraktion niederlegen müssen. Denn nicht seine Abzogen war es, die uns darauf befehlen ließ, daß er die Erklärung abzugeben hätte, sondern lediglich sein Amt als Fraktionsvorsitzender. Das mußte er so genau wie wir. Aber er und seine 13 Freunde saßen damals die Bewilligung eben nicht als grundsätzliche Frage auf, sonst wäre ihm kein anderer Weg geblieben, als durch Niederlegung des Fraktionsvorsitzes der ihm gestellten Aufgabe zu entziehen. Fraktionsvorsitzender hätte er trotzdem bleiben können.

Er gab die Fraktionserklärung im Reichstag ab. Sie ist bekannt. Sie liefert der Regierung die Unterfertigung der Fraktion im Kriege zu, solange es sich um einen Verteidigungskrieg handelt und die Gegenseite nicht zum Friedensschluß geneigt ist.

So kam die Kreditbewilligung zustande. Das seit 4 Monate später K. Kaufsch in der „Neuen Zeit“ als berechtigt hingestellt und es als „Verkehr“ bezeichnet hat, daraus „einen Abfall von unterer bürgerlichen Praxis“, als „Verrat“ oder „den Anfang einer neuen Taktik“ folgern zu wollen, ist bereits gelagt und an anderer Stelle durch würdliche Widergabe seiner Darlegungen bewiesen worden.

## Halle und Saalkreis.

Halle, 14. Juni 1917.

### Das städtische Brauohlenwerk.

Zum erstenmal ist im Stadthaus das erworbene Brauohlenwerk eröffnet. Seine Jahresrechnung ist auf

## Der Tanz des Todes.

Von W. Weidmeyer.

Aus dem Aufsatze von Viktor Ratinow.

### Das Generalgericht in Warschau.

Grün würdige und ansehnliche Generale nahmen hinter dem großen Tische Platz. Sie sollten Richter spielen. Ihre verklärten, gedankenvollen Gesichter und ihre glänzenden Generalsuniformen harmonierten vollkommen mit der sie umgebenden Pracht und mit ihrer Rechtsprechung.

Die Sitzung fand in einem herrlichen Saal statt. Ein sonderbares Schauspiel boten diese mit Orden und Abzeichen geschmückten Generale, besonders jetzt, wo sie die Gerechtigkeit unter solchen ungewöhnlichen Bedingungen handhabten.

Zweifellos unter Berücksichtigung ihres Generalrangs und eines hohen Strafmaßes war es für sie nicht angebracht, die Sitzungen im Rahmen eines gewöhnlichen Gerichts abzuhalten. Dazu diente ein speziell für Verurteilungen und Hölle bestimmter Saal!

Ich sage, es war für sie nicht angebracht. Denn dort, wo ehemals, wenn auch in lüneriger Weise, die Prinzipien eines gerechten, schnellen und gnädigen Tribunals verankert wurden, war es nicht angebracht, daß ein ungerechtes, lektinantisches und grausames Gericht Platz nehmen sollte — ein Generalgericht, das ausschließlich auf administrativen Unrecht, auf dem Gewissens- und Überzeugungszwang der Richter, der Ohnmacht und Rechtslosigkeit der Angeklagten beruhte.

Und darum bemühten sich die Regierung und die Generale, einen entsprechenden, mehr zugehenden Ort ausfindig zu machen.

Sie fanden auch den für Länge und Vergnügungen bestimmten Saal, wo sich die Herren amüsierten, den gekupelten schönen Frauen den Hof machten — wo ihre vor Vergnügen strahlenden Weiber und Töchter unter den Klängen des Violoncellisten das Tanzbein schwingen. Diese lustige Gesellschaft entsprach am besten ihrer Stimmung und ihrer grausamen Rechtsprechung, die für sie ein erfreuliches, unterhaltendes Spielzeug war. Denn sehen wir zu, ob sie in ihrer Hand nicht ein Spielzeug war?

Sie, die Generale, waren die Verkörperung einer brutalen, physischen Kraft, und des nackten Unrechts. Sie weichen ja ihr ganzes Leben dem Dienste der Faust und der Gewalt und ihre Grundsätze führten sie unerschütterlich durch.

Jetzt wurden sie wieder dazu berufen. Als erfahrene, geriebene Diener der Gewalt betätigt sie sich nur dort, wo man ihren Gewaltfreiden keine Kraft entgegensetze — wo ihr Jähzorn keine Grenzen fand. Als sie den mächtigen und bewaffneten Gegner — dem Japaner — im ehrlichen und offenen Kampf ins Antlitz schauten, ließen sie selbe davon und verteidigten sich vor der Gefahr. Jetzt aber — jetzt konnten sie mit wehrlosen und unbewaffneten Opfern nach Gutdünken verfahren; in wilder Grausamkeit bewiesen sie jetzt ihren Mut! Es wartete ja ihrer nur eine fröhliche Tänzelei und Unterhaltung.

Wie blutgierige Tiere weideten sie sich an den schrecklichen Qualen ihrer Opfer, wohl wissend, daß sie ihren Händen nicht entfliehen. Und jedesmal beendeten sie das lustige und unterhaltende Präliminar ihrer tierischen Gerechtigkeit mit dem triumphierenden Schlussaffekt: Verurteilt zum Tode durch den Strang.

Je nun — diesem entsprach auch der Saal vollkommen. Bahnlis — mit Borbedacht hatte man diesen Saal erwählt. Alles reigt zur Freude und Lust; der Fußboden glänzt und schimmert; an den Wänden zwischen den Fenstern bannnen den Bild kostbare Turemeaus, worin sich unverändert glühender Generalsuniformen und bleiche, gealterte Gesichter der Angeklagten widerspiegeln, genau so, wie sich schon vorher herrliche Frauenleider, alabastrische, entblößte Schultern und Büsen sowie feuerprühende teure Edelsteine widerspiegeln.

An einem Ende des Saales steht ein Konzertflügel, in den Eden und an den Banden stehen erotische Pflanzen, leichte Möbel im Platonstil, bequeme, mit perlgrauen Samt ausgelegene Sofas und Hautenils, Schöne, aus gleichfarbigem Samt verfertigte Portieren hängen an Fenstern und Türen. Hohe, majestätische Säulen im jonischen Stil vervollständigen die reiche Aus-

stattung des Saales, in dem gleichzeitig 100 Tänzerpaare antreten konnten. Auf einer halbrunden, höher gelegenen Bühne, wo sich gewöhnlich das Orchester befindet, stehen die Angeklagten. Hinter ihnen hängen die Porträts des Jaren und der Jarin.

In der gegenüberliegenden Wand mit den dem Jansenator der Jitabelle zugekehrten Fenstern plazieren sich die Herren Richter, die Generale. Die von diesen Fenstern wunderliche Aussicht auf die Festungswälle, auf die breite Weichsel und ihre Ufer wird durch die schwarze Silhouetten des Saalens mit zwei vorstehenden Armen und einem Querbalken ergänzt.

Dort werden Menschen hingerichtet. Und hier im prunkvollen Saal verurteilt man sie zum Tode.

Zu beiden Seiten der für das Orchester bestimmten Bühne plazieren sich an kleinen, mit weißen Servietten bedeckten Restaurationsstischen die Adolanten und Dolmetzler. Diese Tische verleihen dem Saal ein noch mehr tragisch-leidenschaftliches Aussehen — diesem Restaurationsaal, in dem bald Menschenfleisch zur Nahrung serviert wird.

Das komfortable und anheimelnde Damenboulevard aber benutzen die Generale als Beratungszimmer. Hier beschließen, besprechen und unterzeichnen sie die Urteile, von hier schicken sie den Delinquenten — auf den Galgen.

Gute und schlechte Zeugen, das heißt Fälscher, Spione und Geheimagenten der Regierung sind im geräumigen, hübschen Billardzimmer untergebracht; die freie Zeit verbringen sie sich mit dem Billardspiel.

Überall Schönheit, Bequemlichkeit und Pracht! Vor Eröffnung der Sitzung wird der Saal mit einer Unmenge Militär besetzt. In der Saalmitte werden Soldaten mit Karabinern, Bajonetten und scharfen Patronen heringeführt; hier befinden sich auch Offiziere, Generalsadjutanten. Am Eingang stehen Soldaten und Gendarmen in voller Kriegsausstattung; keinen Fremden lassen sie ein.

Will jemand in den Saal hinein, wird er von der Wache gefragt: „Wer da? Wo ist die Einlaßkarte?“ — Bajonette verstopfen den Weg.

(Fortsetzung folgt.)

